

Bundesweiter Aktionstag am 22. März 2011

gegen Asylbewerberleistungsgesetz, „Residenzpflicht“, Lagerisolation & rassistische Sondergesetzgebung

„An vielen Orten in ganz Deutschland wehren sich Flüchtlinge mit Streiks und Protesten gegen unerträgliche Lebensbedingungen. Im Jahr 2010 haben sich allein in Bayern über 500 Flüchtlinge an Hungerstreiks und Essenspaketeboykotten beteiligt. In Thüringen haben Flüchtlinge durch ihren massiven Protest die Schließung des Isolationslagers Katzhütte erzwungen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden die menschenunwürdigen Zustände im Lager Horst durch einen Hungerstreik an die Öffentlichkeit gebracht.

Dies sind nur einige Beispiele für die Flüchtlingskämpfe im gesamten Bundesgebiet. Für einen Großteil der diskriminierenden Lebensbedingungen, gegen die Flüchtlinge sich mit Streiks und Protesten zur Wehr setzen, bildet das Asylbewerberleistungsgesetz die gesetzliche Grundlage. In diesem repressiven Gesetz ist festgeschrieben, dass Flüchtlinge in Deutschland unter erbärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern leben müssen, von Sachleistungen der Behörden abhängig gemacht werden, keinen ausreichenden Zugang zu Gesundheitsversorgung haben und gezwungen sind, von niedrigeren Leistungssätzen zu leben, als deutsche Sozialleistungsempfänger_innen, die ohnehin schon mit einem menschenunwürdigen Betrag auskommen müssen.

Die Abhängigkeit der Flüchtlinge von den mickrigen Sozialleistungen wird darüber hinaus gesetzlich durch Arbeitsverbote und nachrangigen Arbeitsmarktzugang zementiert, zudem wird der Zugang zu Deutschkursen, Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten systematisch erschwert. Gleichzeitig wird Flüchtlingen das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit durch die so genannte „Residenzpflicht“ aberkannt.

Diese und weitere rassistischen Sondergesetze bilden gemeinsam einen Gesetzeskomplex der Unterdrückung, Isolation und des sozialen Ausschlusses. Ziel dieser staatlich verordneten Ausgrenzung ist es, Flüchtlinge leichter abschieben zu können und Menschen davon abzuschrecken, überhaupt erst nach Deutschland zu kommen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde 1993 im Zuge der rassistischen Hetze und Pogrome und der damit einhergehenden faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl verabschiedet. Die „Residenzpflicht“ steht in der Tradition der deutschen Vorschriften in den kolonisierten Ländern und der nationalsozialistischen Polizeiverordnung von 1938.

Für uns ist klar: Asylbewerberleistungsgesetz und „Residenzpflicht“ sind nicht reformierbar, sondern müssen abgeschafft werden – Menschenwürde und Bewegungsfreiheit sind nicht verhandelbar! „

(Text-Auszüge aus dem bundesweiten Aufruf. Siehe: bundesweite-kampagne-2011@antira.info)

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen! –Residenzpflicht abschaffen!
Rassistische Sondergesetze abschaffen! – Abschiebungen stoppen!

In Mannheim gibt es am Aktionstag, Dienstag, den 22. März in MA-Neckarstadt, ab 17.00 Uhr eine Demo zum Flüchtlingslager und zum Abschiebeknast.

17.00 Uhr, Auftakt-Kundgebung am Alten Meßplatz, , gegenüber der Feuerwache, Mannheim-Neckarstadt-West

18.00 Uhr, Zwischen-Kundgebung vor dem „point store“- Laden für Flüchtlinge in der Pyramidenstraße

18.20 Uhr, Kundgebung vor dem Lager für Flüchtlinge („Gemeinschaftsunterkunft“), Industriestraße/Ecke Pyramidenstraße

19.00 Uhr, Abschluß-Kundgebung vor den Containern für Abschiebegefangene in der JVA Carl-Zuckmayer- Straße, Ecke Herzogenriedstraße

Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim

c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Freidrich Dürr“, Käthe-Kollwitz-Straße 2-4, 68169 Mannheim

Info:buendnisgegenabschiebungenmannheim.com

Kontakt: bleiberechtsbuendnis@web.de